

### **Solidarität braucht Solidarität!**

**Unterstützen Sie unsere politische und praktische Arbeit für Flüchtlinge durch eine Mitgliedschaft, eine Fördermitgliedschaft oder eine Spende an:**

Flüchtlingsrat Baden-Württemberg, BW Bank, BLZ 600 501 01, Kto: 35 17 930

# E-Mail-Newsletter

**Nr. 170, 20. Dezember 2011**

ca. 1-2-monatlich | nächster Redaktionsschluss: 30. Januar 2012

Übersicht über die Inhalte des Newsletters:

## **1. FLÜCHTLINGSARBEIT IN BADEN-WÜRTTEMBERG**

Neues vom Flüchtlingsrat / Berichte aus den Regionen / Pressedoku...

## **2. THEMEN & INFORMATIONEN**

Informationen zur Asyl-, Flüchtlings- und Migrationspolitik BaWü / BRD / EU

## **3. AKTUELLE TERMINE**

Lokale und landesweite Veranstaltungen und Aktionen / Überregionale Tagungen etc.

### ***Liebe Mitglieder, Förderer und Interessierte!***

Unser letzter E-Mail-Newsletter in diesem Jahr bringt Ihnen nochmal fundierte und kompetent zusammengestellte Informationen rund um die Asyl- und Flüchtlingspolitik in Baden-Württemberg und darüber hinaus. Ein ereignisreiches Jahr liegt hinter uns. Durch den Regierungswechsel ist vieles möglich geworden und einiges ist auch schon auf einem guten Weg. Vieles liegt aber auch noch sehr im Argen und macht das solidarische und politische Engagement für Flüchtlinge weiterhin dringend nötig.

Für das neue Jahr wünschen wir Ihnen allen viel Glück, Gesundheit und gutes Gelingen bei allem, was sie vorhaben und was auf Sie zukommt.

Vorstand und Geschäftsstelle des Flüchtlingsrats

## **1. FLÜCHTLINGSARBEIT IN BADEN-WÜRTTEMBERG**

### **Landesregierung setzt sich für neue gesetzliche Bleiberechtsregelung ein!**

Anfang Dezember wußten wir noch nicht, welche Position unsere neue Landesregierung in der Diskussion um eine neue Bleiberechtsregelung für geduldete Flüchtlinge einnehmen wird. Am 5. Dezember schickten wir einen Brief an Innenminister Gall und Integrationsministerin Öney mit einer Stellungnahme zu den Vorschlägen aus Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein. Am 6. Dezember forderten wir die Landesregierung bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem Paritätischen Wohlfahrtsverband und der AG Dritte Welt Stuttgart auf, sich bei der Innenministerkonferenz für eine neue Regelung stark zu machen, „die an humanitären Kriterien orientiert ist“, wie es im Koalitionsvertrag der Landesregierung heißt. Am 7. Dezember ließ dann der Innenminister nach Absprache mit seinen SPD-Amtskollegen in einer Pressemitteilung mitteilen: „Es ist der Landesregierung ein wichtiges Anliegen, dass ... Flüchtlingen, die schon lange bei uns leben und sich sozial und wirtschaftlich integriert haben, die Chance auf einen rechtlichen Aufenthaltstitel eingeräumt wird“. Diese Haltung, die aus Sicht des Flüchtlingsrats in die richtige Richtung geht, bekräftigte Innenminister Gall nochmal in einem Antwortbrief an den Flüchtlingsrat vom 16. Dezember.

**Ausgewählte Dokumente zu diesem Thema ([weitere Informationen finden Sie auf unserer Bleiberechts-Seite](#))**

- 06.12.2011 [Stellungnahme / Presseerklärung des Flüchtlingsrats BW anlässlich der Innenministerkonferenz zu den](#)

## Gesetzentwürfen von RLP und SLH.

- 06.12.2011 "[Duldung ist keine Lösung - Land muss sich auf Innenministerkonferenz für neue Bleiberechtsregelung einsetzen](#)" / Pressemitteilung zur gemeinsame Pressekonferenz mit dem Paritätischen Wohlfahrtsverband BW und der AG Dritte Welt Stuttgart
- 07.12.2011 [Stuttgarter Zeitung: "Grünrot soll Flüchtlingen mehr helfen"](#) (Autor: Matthias Bury)
- 07.12.2011 Pressemitteilung [Innenministerium BW: Land setzt sich für neue Bleiberechtsregelung ein.](#)

## **Tagung "Bleiberechtsprojekte in Baden-Württemberg"**

Knapp 100 Menschen besuchten am 26. November die vom Netzwerk Bleiberecht Stuttgart-Tübingen-Pforzheim veranstaltete Tagung „Bleiberechtsprojekte in Baden-Württemberg. Im Mittelpunkt der Vorträge, Arbeitsgruppen und Diskussionen stand die Vorstellung der Bleiberechts-Projektnetzwerke in Baden-Württemberg (außer dem Veranstalter noch der [Projektverbund Bleiberecht Freiburg/Breisgau-Hochschwarzwald](#) und [Bleiben mit Arbeit – Vernetzte Hilfen am Bodensee](#)). Mit der aktuellen Aussicht auf eine neue gesetzliche Bleiberechtsregelung erhöhen sich die Chancen für die von der Kettenduldung betroffenen Flüchtlinge, eine Aufenthaltserlaubnis zu erhalten. Hierfür werden die Beratung und die arbeitsmarktlichen Integrationsangebote voraussichtlich noch wichtiger werden. Ausführliche Informationen finden Sie unter [www.bleibinbw.de](http://www.bleibinbw.de)

- Neu erschienen: [PDF-Flyer Netzwerk Bleiberecht Stuttgart-Tübingen-Pforzheim](#). Dieser kann auch in gedruckter Form in der Geschäftsstelle des Flüchtlingsrats bestellt werden.

## **Protest gegen FRONTEX-Abschiebungen in den Kosovo**

Bei einer von der EU-Grenzschutzagentur FRONTEX koordinierten Abschiebung ab Flughafen Stuttgart nach Prishtina wurden am 15. November ca. 35 Flüchtlinge, vor allem Roma, in das Kosovo abgeschoben. Der Flug ging mit der Fluggesellschaft Air Berlin. Bei einem weiteren Stopp in Wien wurden weitere Abzuschiebende aus Österreich, Schweden und Norwegen aufgenommen. Der Flüchtlingsrat kritisierte insbesondere, dass die Abschiebungen in die Krisenregion auch mit dem beginnenden Winter fortgesetzt werden. Abschiebungen in das Kosovo führen geradewegs in das soziale Elend. Dies ist im Winter besonders inhuman. Aus Protest gegen diese Abschiebung gab es eine spontane Protestaktion am Flughafen, an der ca. 20 Personen teilnahmen. Mit Transparenten zogen sie durch das Flughafengebäude und informierten Beschäftigte und Passagiere über diese Abschiebung. In der Abflughalle belagerten die Demonstrant/innen vor allem den Schalter der Fluggesellschaft Air Berlin ("*1. Wahl ab Stuttgart*"), über die die Abschiebung durchgeführt wurde.

Die Landesregierung hat zwar derzeit Abschiebungen nach Serbien und Kosovo ausgesetzt, lässt aber Sammelabschiebungen anderer Bundesländer über Flughäfen in Baden-Württemberg zu. Nach einer für Januar angesetzten Delegationsreise des Petitionsausschusses des Landtags, die sich vor Ort ein genaues Bild von der Menschenrechtsslage und den sozialen Bedingungen machen will, wird die Landesregierung eine Entscheidung treffen, ob die Abschiebungen dann fortgesetzt werden. Auch Nordrhein-Westfalen hat Anfang Dezember eine Aussetzung der Abschiebungen über den Winter verfügt, führt aber ebenso wie BW Sammelabschiebungen anderer Bundesländer durch.

**Ausgewählte Dokumente zu diesem Thema** ([weitere Informationen finden Sie auf unserer Roma-Kosovo-Seite](#)):

09.11.2011 Pressemitteilung: "[PRO ASYL fordert Stopp der Abschiebungen in den Kosovo. Wintererlass ist ein Minimum an Humanität](#)"

11.11.2011 [Stuttgarter Zeitung: "Protest gegen Abschiebung von Roma"](#)

11.11.2011 [Die Tageszeitung: Rassismus gegen Roma - Die Gewalt der Mehrheitsgesellschaft](#). Bericht über ein internationales Symposium

14.11.2011 [Magdeburger Nachrichten: Neue Tote im Kosovo – Deutschland forciert Roma-Abschiebungen](#) (Autor: Jan Braune. Sehr umfang- und detailreicher Artikel über die Situation im Kosovo und die deutsche Abschiebepolitik

## **Land will Flüchtlingsaufnahmegesetz ändern**

Als eine der ersten praktischen Konsequenzen aus den Aussagen des Koalitionsvertrags hat das Integrationsministerium eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die das Flüchtlingsaufnahmegesetz von Baden-Württemberg überarbeiten soll. Der Flüchtlingsrat sowie die Liga der Freien Wohlfahrtspflege sind in diesem Arbeitskreis mit jeweils zwei Vertreter/innen repräsentiert. Ansonsten nehmen Vertreter/innen der Ministerien, der Regierungspräsidien, des Städte- und Landkreistags und der kommunalen Ausländerbehörden teil. Bei der ersten Versammlung am 29. November stellte der Leiter der Arbeitsgruppe, Ministerialrat Joachim Pampel, den Arbeitsplan und die inhaltliche Zielrichtung dieses Gremiums vor. Ausgangspunkt sei, so auch Ministerialdirektor Manfred Stehle, „*der verpflichtende politische Auftrag*“ aus dem Koalitionsvertrag. Dabei will das Ministerium auch die bisher eingebrachten Vorschläge des Flüchtlingsrats und der LIGA berücksichtigen. Im Laufe des Jahres 2012 sollen in monatlichen Sitzungen die zentralen Fragen rund um Flüchtlingsaufnahme, Unterbringung, Sozial- und Gesundheitsversorgung, Umgang mit minderjährigen und besonders schutzbedürftigen Flüchtlingen, Finanzierung usw. diskutiert werden. Gegen Jahresende will das Ministerium einen Gesetzesentwurf vorlegen. Der Flüchtlingsrat will diesen Prozess auch durch eine Fortsetzung seiner „Lagerkampagne“

begleiten. Das Thema wird auch beim „Plenum“ am 7. Juli im Mittelpunkt stehen.

### **Tag der Menschenrechte: Podiumsgespräch und Lagerbesuch in Sigmaringen**

Während auf der politischen Ebene über eine Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes diskutiert wird, geht der diskriminierende Alltag für die Flüchtlinge weiter. Und auch die „Lagerkampagne“ des Flüchtlingsrats. Aus Anlass des Tags der Menschenrechte luden wir zu einem Podiumsgespräch am 14. Dezember mit dem Thema „Grenzen hier und anderswo - Wie nehmen wir Flüchtlinge auf?“ Was die europäischen Außengrenzen mit der Situation vor der eigenen Haustür zu tun haben, erörterten an diesem Abend Daniel Lede Abal (MdL Die Grünen, Integrationspolitischer Sprecher), Karl Kopp (Europareferent von Pro Asyl), Angelika von Loeper (1. Vorsitzende Flüchtlingsrat BW) und Muhamet Idrizi (eingebürgerter Flüchtling aus dem Kosovo mit abgeschlossenem Lehramtsstudium). Am Tag darauf folgte ein Besuch in der Gemeinschaftsunterkunft Sigmaringen-Laiz, wo 130 Flüchtlinge auf engstem Raum leben, zum Teil seit mehreren Jahren. Die Unterkunft liegt nur einen Steinwurf entfernt vom Wohnhaus unseres Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann, der die Forderungen des Flüchtlingsrats laut eigener Aussage „vollumfänglich“ unterstützt. Nach einem Rundgang durch die Unterkunft wurden bei diesem Besuch (bei Kaffee und Weihnachtsplätzchen) gemeinsam mit Flüchtlingen, der Sozialbetreuung der Caritas sowie Vertretern des Landratsamts und anderer Organisationen die Möglichkeiten der Verbesserung der sozialen Lebensbedingungen der Flüchtlinge diskutiert. Neben dem Zustand der Unterkunft und der Massenunterbringungssituation besteht in diesem Landkreis ein besonderes Defizit bei der arbeitsmarktlichen Integrationsförderung. Nur zwei der Flüchtlinge, die in der Unterkunft leben, haben eine Arbeit.

- 15.12.2011 Bericht über den Besuch in der GU Sigmaringen-Laiz (Laura Gudd, Flüchtlingsrat BW)

- 16.12.2011 Südkurier: [Grenzen hier und anderswo](#) Artikel über Veranstaltung und Besuch (Autor: Karlheinz Fahlbusch)

### **Neue "Asylaufenthaltsverordnung" verzögert sich**

*"Wir werden die Residenzpflicht abschaffen..."* Die vom Innenministerium erarbeitete Asylaufenthaltsverordnung wird laut Informationen aus dem Innenministerium erst im nächsten Jahr in Kraft treten. Wie zu erfahren war, wolle das Ministerium Änderungsvorschläge, die von der LIGA und vom Flüchtlingsrat vorgebracht wurden, berücksichtigen. Aus der Sicht des Flüchtlingsrats wurde mit dem Entwurf das Ziel, die Residenzpflicht abzuschaffen, nicht erreicht. Neben zu großen Restriktionen fehlte im Entwurf vor allem eine länderübergreifende Regelung, die die Residenzpflicht auch in der Grenzregionen zu anderen Bundesländern lockert und es fehlte ein Einbezug von Personen mit Duldung. Während auf der politischen Ebene ein Änderungsprozess im Gang, ist die Residenzpflicht faktisch weiter gültig. Es werden weitere Gebühren erhoben, Verlassenserlaubnisse verweigert oder Strafen verhängt, obwohl die politisch nicht mehr gewollt ist. Falls Sie Kenntnis von solchen Fällen erhalten, bitten wir um entsprechende (schriftliche) Meldung.

### **Asylbewerberzahlen: „Deutlicher“ Anstieg?**

Wie das Landesportal Baden-Württemberg am 9. Dezember berichtete, steige die Zahl der Asylbewerber weiter deutlich an. Demnach stellten bis Ende Oktober 4.345 Menschen in BW einen Asylantrag, 600 mehr als im Vorjahr. *„Wenn es so weitergeht, werden wir am Jahresende bei 5200 landen“* wird ein Sprecher des Integrationsministeriums zitiert. Das Land habe nun den Haushalt des Integrationsministeriums aufstocken müssen. Die Unterbringungsplätze in den Landkreisen reichten aber noch aus, obwohl in den letzten Jahren viele Heime geschlossen worden seien.

- [09.12.2011 Landesportal Baden-Württemberg: Zahl der Asylbewerber steigt deutlich an](#)

- Aktuelle Zugangsstatistik Flüchtlinge (Stand: Ende September 2011)

### **Angst vor der Abschiebung: Frau nach Fenstersturz schwer verletzt**

Am 13.10.2011 sprang eine afrikanische Frau aus Angst vor der Abschiebung aus dem Fenster ihres Zimmers im zweiten Stock der Gemeinschaftsunterkunft Sinsheim (Rhein-Neckar-Kreis) und zog sich dabei einen Bruch der Lendenwirbelsäule und andere schwere Verletzungen zu. (vgl. [Rundbrief des Flüchtlingsrats BW 04/2011](#)). Mitarbeiterinnen des Flüchtlingsrats und des Asylarbeitskreis Heidelberg kümmern sich seitdem um eine gute medizinische Behandlung und anwaltliche Vertretung für die Frau. Ein Wiederaufnahmeantrag im Asylverfahren und eine Unterbringung außerhalb des Lagers werden angestrebt.

### **In aller Kürze / Weitere Meldungen / Presseberichte:**

- **SPD und Integrationsministerium unterstützen psychosoziale Beratungszentren für Flüchtlinge und Folteropfer.** Das Land Baden-Württemberg plant, die bisher finanziell stark unterversorgten psychosozialen Beratungszentren (Refugio Stuttgart und Villingen-Schwenningen, BFU Ulm, PBV Stuttgart und Verein zur Unterstützung traumatisierter Migranten Karlsruhe) finanziell zu fördern. (vgl. auch [Antrag der Abg. Rosa Grünstein u.a. SPD und Stellungnahme des Integrationsministeriums, Landtagsdrucksache 15/617](#))

- 27.10.2011 **Rechtsschutz gegen Dublin II-Überstellung.** Das Verwaltungsgericht Freiburg hat mit Beschluss vom 20.10.2011 einem 18-jährigen Afrikaner (vgl. [Bericht im Rundbrief Flüchtlingsrat 04/2011](#)) vorläufigen Rechtsschutz ge-

- gen die Anordnung der Abschiebung nach Italien nach der Dublin II-Verordnung gewährt. (1 K 1936/11)
- 09.11.2011 Stuttgarter Zeitung: Asylunterkunft dringend gesucht (Autor: Klaus Nonnenmacher). Darstellung der Unterbringungssituation im Kreis Göppingen mit Interview mit Monika Maichl vom Freundeskreis Asyl („Für Familien ist es schlimm“)
  - 12.11.2011, [SWR-Landesschau-Bericht über die angespannte Unterbringungssituation der Flüchtlinge im Landkreis Göppingen](#)
  - 25.11.2011 Südwest Presse: [„Leben aus dem Päckchen. Innenansichten eines Asylbewerbers aus einem Hechinger Flüchtlingswohnheim.“](#) Engagierter Artikel und Kommentar, der eindrücklich die Inhumanität von Massenunterbringung und Esspaketversorgung darstellt.
  - 5.12.2011 Südwest Presse: [„Letzte Hoffnung Tübingen. Die Familie der in Tübingen lebenden Al-Mhammedawis sitzt in Syrien fest.“](#) (Autor: Jonas Bleeser) Der eine Teil der Familie kam Ende 2009 über UNHCR-Resettlement nach Deutschland, der andere Teil, Opfer von Al-Kaida-Terror, sitzt unter Lebensgefahr und Armutsbedingungen in Damaskus fest. Mit Unterstützung des Flüchtlingsrats wurde für diese Familie ein Aufnahmeantrag gestellt.
  - 05.12.2011 [SWR-Landesschau: „Zwischen Kosovo und Gomaringen - Ein Dorf kämpft für drei Flüchtlingskinder“](#) Dieser Film dokumentiert die „ungewöhnliche Geschichte, wie Nachbarn und Freunde um die Zukunft einer Flüchtlingsfamilie kämpfen“.
  - 06.12.2011 Verwaltungsgericht Sigmaringen gibt Antrag auf einstweilige Anordnung zur Verhinderung einer Dublin II-Rücküberstellung nach Malta statt (A 1 K 2528/11).
  - 09.12.2011 Pressemitteilung des Integrationsministeriums BW **zum Tag der Menschenrechte (10. Dezember): „Menschenrechte schützen - auch in Baden-Württemberg“**. Deutliche Worte zur Gefahr durch den Rechtsextremismus. Auch die Verbesserung des Umgangs mit Flüchtlingen ist Teil der neuen Menschenrechtspolitik in BW!
  - Dezember 2011: **Bezirkssynode Breisgau-Hochschwarzwald bezieht Stellung:** In der Informationszeitung für Ehrenamtliche in der Migrationsarbeit des Landkreises ist ein Papier der ev. Bezirkssynode dokumentiert, in dem Position bezogen wird zur Flüchtlingspolitik an den EU-Grenzen, zur Bleiberechtsregelung, zu Resettlement und zur kommunalen Unterbringung von Flüchtlingen
  - 19.12.2011 [Integrationsministerin Öney besuchte das Asylzentrum Tübingen](#) und informierte sich dabei über die ehrenamtliche Flüchtlingsarbeit (Patenschaftsprojekt für Flüchtlingskinder)
  - **Neues EFF-Projekt „BIQ“** (Beratung-Information-Qualifizierung) Zusammen mit dem Diakonischen Werk Ortenau, dem Freundeskreis Asyl Karlsruhe und dem Verein zur Unterstützung traumatisierter Migranten Karlsruhe wird der Flüchtlingsrat von 2012-2014 ein neues Projekt durchführen, das vom Europäischen Flüchtlingsfonds gefördert wird.

## **2. THEMEN & INFORMATIONEN**

### **Innenministerkonferenz: Verlängerung der verlängerten Altfallregelung oder neue gesetzliche Bleiberechtsregelung oder beides?**

Das Ergebnis der Innenministerkonferenz vom 8.-9. Dezember in Wiesbaden ist uneindeutig und relativ ernüchternd: Es besteht lediglich Einigkeit darüber, dass eine Verlängerung der zum Jahresende auslaufenden Bleiberechtsregelung auf landesrechtlicher Grundlage möglich sein soll. Allerdings stand der Gesetzgebungsvorschlag von Schleswig-Holstein für eine stichtagsfreie Regelung bereits am 16. Dezember im Bundesrat zur Beratung an.

- 08.12.2011 PRO ASYL: [Forderungen zur Innenministerkonferenz in Wiesbaden](#)
- 09.12.2011 PM Jugendliche ohne Grenzen: *„Bleiberecht: Ergebnisse der IMK enttäuschend. Proteste werden weitergehen. Abschiebeminister Herrmann verweigert Preisübergabe“*
- 09.12.2011 PM PRO ASYL: [„Verlängerung der Bleiberechtsregelung, doch weiter Hängepartie“](#)
- 09.12.2011 [PM Josef Winkler \(MdB Bündnis 90/Die Grünen\): Bleiberecht: Innenminister stehlen sich aus der Verantwortung“](#)

### **Innenministerkonferenz: Beschluss für Aufnahme von Flüchtlingen**

Die Innenminister haben die dauerhafte Beteiligung Deutschlands an der Aufnahme von Flüchtlingen über UNHCR-Resettlement beschlossen. Das ist auch ein Erfolg der Kirchen, Sozialverbände und Menschenrechtsorganisationen, die dies seit Jahren fordern – und der Save-Me-Kampagne. Kurz vor der IMK hat vor allem das Integrationsministerium von Rheinland-Pfalz den Weg zu diesem Beschluss mit einem guten Vorschlag geebnet. Der Beschluss sieht vor, dass in den nächsten 10 Jahren jeweils 300 Flüchtlinge aus Krisenregionen aufgenommen werden sollen. Damit begibt sich Deutschland einerseits in den Kreis der Staaten, die ein regelmäßiges Resettlement anbieten. Diese jetzt beschlossene Zahl kann allerdings nur als beschämend gering bezeichnet werden.

- 21.11.2011 [Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen Rheinland-Pfalz: Rheinland-Pfalz fordert die Aufnahme von Flüchtlingen und die Teilnahme der Bundesrepublik am Resettlement-Programm des UNHCR](#)

- 22.11.2011 PM UNHCR: Resettlement: Vorstoß von Rheinland-Pfalz richtungsweisend
- 02.12.2011 Die Zeit: [„Die Verlorenen. Sie sind die vergessenen Opfer des Krieges in Libyen: 5.000 Flüchtlinge, die keine Heimat mehr haben. Ihnen zu helfen ist auch Deutschlands Pflicht.“](#) (Autorin: Andrea Böhm) Umfangreicher und fundierter Artikel über die Flüchtlinge in Nordafrika und Resettlement-Politik.
- 14.12.2011 [PRO ASYL: „Deutschland hat "ja" gesagt: Innenminister stimmen Resettlement zu.“](#)

### **NPD? Der Rest der Welt sagt NEIN**

„Save me – eine Stadt sagt Ja“ So nennt sich die von Pro Asyl initiierte Save-Me-Kampagne, die die Aufnahme von Flüchtlingen in Deutschland fordert. 50 lokale Kampagnen gibt es, die in bereits 45 Städten (und Bundesländern) nicht nur breite Zustimmung für ihre Ziele erreicht haben, sondern bereits kommunale Ratsbeschlüsse, die die Bereitschaft zur Aufnahme von Flüchtlingen zeigen wie auch in 10 großen Städten in Baden-Württemberg. Und ebenso zum Beispiel in der sächsischen Stadt Dresden. Zur gleichen Zeit als die rechtsterroristische Mordserie und das unfassbare (aber längst bekannte) Versagen des Verfassungsschutzes öffentlich wurde, startete nun der NPD-Kreisverband Dresden eine rassistische Gegenkampagne gegen Save-Me. Unter dem Motto „Eine Stadt sagt Nein – keine dauerhafte Ansiedlung von Afrikanern in Dresden“ protestierten sie gegen den (ziemlich knappen) Save-Me-Stadtratsbeschluss aus Dresden. „Wir als NPD stemmen uns mit aller Kraft gegen die sogenannte save me-Kampagne von PRO ASYL und deren linken und grünen Helfershelfern, gegen die Zerstörung unserer nationalen Identität und gegen die Verschwendung von Steuergeldern“, heißt es in der Presseerklärung der NPD. Während es noch in den 80er und 90er Jahren häufig die etablierte Politik selbst war, die (rassistische) Stimmung gegen Flüchtlinge und Migranten gemacht hat, ist zu hoffen, dass völkischer Nationalismus und Menschenverachtung im 21. Jahrhundert dort bleiben, wo sie hingehören: In der Bedeutungslosigkeit. In der Zwischenzeit haben die Grünen eine Strafanzeige wegen Volksverhetzung gegen die NPD Dresden gestellt. Der Besitzer eines Fotos, das die NPD für ihre Kampagne benutzte, hat zudem Strafanzeige wegen Urheberrechtsverletzung gestellt, weswegen die verbliebenen Postkarten beschlagnahmt wurden.

- 28.11.2011 [PRO ASYL: Zur NPD-Kampagne „Eine Stadt sagt Nein“: Rassismus entgegenzutreten](#)
- 08.12.2011 [Sächsische Zeitung: Polizei durchsucht NPD-Büros](#)

### **Dublin II-Verordnung: Verlängerung des Abschiebestopps nach Griechenland**

Das Bundesinnenministerium hat mit Schreiben vom 28.11.2011 den Vorsitzenden der Innenministerkonferenz darüber informiert, dass Überstellungen nach Griechenland im Rahmen von Dublin II für ein weiteres Jahr ausgesetzt werden. Der Umgang mit Asylbewerbern in Griechenland widerspreche trotz erster Verbesserungen weiter europäischen Standards. Es bedürfe weiterer Maßnahmen in "erheblichem Umfang", um die bestehenden "schwerwiegenden Mängel" des griechischen Asylsystems zu beheben. Das Moratorium gilt nun vorläufig bis zum 12.1.2013. Von einer Reform des europäischen Asylsystems, wie von vielen NGOs gefordert und auch von der EU-Kommission angeregt, ist in dem Schreiben nicht die Rede. Im Gegenteil betont der Bundesinnenminister die "hohe Priorität", die eine "vollständige und uneingeschränkte Anwendung des Dublin-Verfahrens" habe.

- 01.12.2011 PRO ASYL: [„Ein richtiger Schritt – doch nicht ausreichend. Das Elend der Flüchtlinge in Griechenland ist eine europäische Angelegenheit“](#)
- 14.12.2011 PM PRO ASYL: [„Fraktionsübergreifender Antrag zur Flüchtlingssituation in Griechenland. PRO ASYL: Wer über die griechische Flüchtlingssituation spricht, darf über Dublin nicht schweigen.“](#)
- 13.12.2011 PM PRO ASYL: [„Jahresbilanz der EU-Flüchtlingspolitik. Anlässlich der EU-Innenministerkonferenz: PRO ASYL zieht Bilanz: EU versagt politisch und moralisch beim Flüchtlingsschutz“](#)
- Dezember 2011 [UNHCR-Grundsatzpapier „Herausforderungen für die deutsche Flüchtlingspolitik](#)

### **In aller Kürze / Weitere Meldungen / Presseberichte:**

- **NRW: Aussetzung der Kosovo-Abschiebungen über den Winter:** Aus Nordrhein-Westfalen werden auch in diesem Winter keine schutzbedürftigen Roma abgeschoben. Für Familien und Alleinerziehende mit minderjährigen Kindern, alleinreisende Frauen, alte Menschen über 65, Kranke und Pflegebedürftige gilt ein Abschiebestopp bis zum 1. April kommenden Jahres. SPD und Grüne hatten den Antrag eingebracht und mit Hilfe der FDP durchgesetzt. In der Parlamentsdebatte sagte Innenminister Ralf Jäger (SPD): „Die Situation für Minderheiten im Kosovo sind im Winter besonders hart.“ (Quelle: dpa/lnw)
- 16.11.2011 Der Standard (Österreich): **„Asylheim auf der Saualm geschlossen“.** Die umstrittene Sonderanstalt für mutmaßliche kriminelle Asylsuchende auf der Kärntner Saualm ist derzeit leer. Offensichtlich gibt es doch nicht so viele kriminelle Asylsuchende, wie sich das die FPÖ-Regierung vorgestellt hat, nicht mal, wenn sich der Staat sehr viel Mühe mit der Kriminalisierung gibt.
- 25.11.2011 2. [EU-Richtlinien-Umsetzungsgesetz tritt in Kraft.](#) Das Gesetz enthält diverse (unzureichende) Regelungen zur Abschiebungshaft und zum Abschiebungsverfahren.
- 12.12.2011 **Asyl-Video-Anhörungen sind rechtswidrig:** Laut einem von Ulla Jelpke (MdB Die Linke) in Auftrag gegebenen Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestags ist der vor kurzem nach einer Testphase eingeführte Einsatz von Videokonferenztechnik im Asylverfahren rechtswidrig.

- 14.12.2011 [PM PRO ASYL: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge arbeitet mit rechtsstaatswidrigen Methoden](#). Eritreer sollte still und heimlich nach Italien überstellt werden.

### **Neue Materialien und Publikationen:**

- [Hinterland 18: Grenze](#) - Das neue Magazin des bayrischen Flüchtlingsrats beschäftigt sich mit den physischen und diskursiven Grenzkonstruktionen und -regimen.
- **Borderline Europe: Rundbrief November 2011.**- Mit Berichten über ein Monitoring-Projekt auf Sizilien, Abschiebehaft in Europe, Lampedusa nach dem Feuer im September sowie dem „Manifest für ein humanes Europa“
- **ZAR Nr. 11/12 2011**- In der aktuellen Ausgabe dieses Asylrechts-Magazin finden sich u.a. fundierte Beiträge zum Asylbewerberleistungsgesetz und zum Kirchenasyl
- [Alternativer Menschenrechtsbericht 2011 für Nürnberg](#)- Hauch in diesem Jahr gibt es wieder einen umfangreichen Bericht über die Menschenrechtsarbeit in Nürnberg
- **Landesärztekammer Baden-Württemberg: Traumatisierte Migranten**-ambulante medizinische, psychosoziale und psychotherapeutische Versorgung von traumatisierten Migranten in Baden-Württemberg. 1.Versorgungsbericht. Zu beziehen über: Landesärztekammer Baden-Württemberg, Jägerstr. 40, 70174 Stuttgart, [www.aerztekammer-bw.de](http://www.aerztekammer-bw.de)
- [Refugio Villingen-Schwenningen: Zuhören hilft](#)- Ratgeber für ehrenamtliche HelferInnen und DolmetscherInnen im Umgang mit von Krieg und Menschenrechtsverletzungen Betroffenen
- [Asylkoordination Österreich: 20 Jahre Asylpolitik](#)- Das aktuelle Magazin der Asylkoordination beschäftigt sich mit einer Bilanz von 20 Jahren Asylpolitik in Österreich

## **3. AKTUELLE TERMINE**

**Fr. und Sa. 13. - 14. Januar 2012** | Evangelische Akademie Bad Boll

**Tagung: Flucht und Gesundheit.** Unser Gesundheitssystem und die besonderen Bedürfnisse von Flüchtlingen  
Die gesundheitliche Belastung von Flüchtlingen und Asylbewerbern steht seit Jahren im Fokus der Fachöffentlichkeit. Mangelhafte Gesundheitsversorgung im Herkunftsland, dramatische Begleitumstände bei Vertreibung und Flucht sowie der unsichere Aufenthalt in Deutschland mit eingeschränktem Zugang zum Gesundheitssystem führen dazu, dass Flüchtlinge zur Bevölkerungsgruppe mit dem schlechtesten Gesundheitszustand wurden.

Veranstalter: Evangelische Akademie Bad Boll in Kooperation mit Ev. Akademie Baden, Flüchtlingsrat Baden-Württemberg und Stiftung Pro Asyl [\[Programm als PDF\]](#) - [\[Anmeldung über die Ev. Akademie Bad Boll\]](#)

Weitere **Plena und Tagungen des Flüchtlingsrats im Jahr 2012**

**Sa, 03. März Plenumstagung mit Mitgliederversammlung** (Stuttgart, Friedensgemeindehaus) Thema: Europäische Grenzen / Flüchtlingsaufnahme

**Sa, 07. Juli Plenumstagung** (Stuttgart, Friedensgemeindehaus) Thema: Unterbringung, Sozialleistungen, Flüchtlingsaufnahme-gesetz

**21. - 23. September Tagung in der Ev. Akademie Bad Herrenalb** (Thema noch offen)

**Sa, 17. November Plenumstagung (Stuttgart, Friedensgemeindehaus)** (Thema noch offen)

Fr, 11. und Sa, 12. Februar 2012 | Nürnberg, Caritas-Pirckheimer-Haus

**Herzlich willkommen – wer immer du bist: Vorbereitungstagung zur Interkulturellen Woche**

Veranstalter: Ökumenischer Vorbereitungsausschuss für die Interkulturelle Woche, [www.interkulturellewoche.de](http://www.interkulturellewoche.de)

Fr, 27. bis So, 29. Januar 2012 | Stuttgart-Hohenheim, Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart

**Hohenheimer Tage zum Ausländerrecht:** Veranstalter: Caritasverband für die Diözese Rottenburg-Stuttgart, Diakonisches Werk Württemberg, DGB Bezirk Baden-Württemberg, [www.akademie-rs.de](http://www.akademie-rs.de)

### *Impressum*

#### **FLÜCHTLINGSRAT BADEN-WÜRTTEMBERG**

Geschäftsstelle, Urbanstr. 44 - 70182 Stuttgart

Tel.: 0711 - 55 32 83-4 -- Fax.: 0711 - 55 32 83-5

E-Mail: [info@fluechtlingsrat-bw.de](mailto:info@fluechtlingsrat-bw.de)

Web: [www.fluechtlingsrat-bw.de](http://www.fluechtlingsrat-bw.de)

**Redaktion:** Andreas Linder

Unsere bisherigen Newsletter finden Sie auf unser Website unter "Archiv / E-Mail-News" sowie viele weitere (aktuelle)

Informationen.

Wenn Sie den Newsletter abbestellen wollen, schicken Sie uns bitte eine E-Mail an [info@fluechtlingsrat-bw.de](mailto:info@fluechtlingsrat-bw.de).

Wenn Sie uns als Mitglied oder SpenderIn (sofern Sie dies noch nicht sind) aktiv unterstützen wollen, finden Sie das entsprechende Formular ebenfalls auf unserer Website.

Dieser Newsletter erscheint mit Unterstützung von: UNO Flüchtlingshilfe, Förderverein PRO ASYL e.V.



**UNO-Flüchtlingshilfe**